

## Pressemitteilung

Donnerstag, 24. März 2022

### **Umweltverbände legen Vorschläge für Planungsbeschleunigung vor**

**Verbesserte Planung und Beteiligung statt Symbolpolitik zu Lasten der Umwelt nötig**

Die Umweltorganisationen BBN, bdla, BUND, NABU, DUH, UfU, UVP-Gesellschaft und der Umweldachverband DNR haben konkrete Handlungsempfehlungen für eine wirksame Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben in der aktuellen Legislaturperiode vorgelegt. Anlässlich eines parlamentarischen Gesprächs mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags betonten sie, dass ein dringender Beschleunigungsbedarf im Bereich von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen besteht, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. „Notwendig ist daher eine strikte Priorisierung von Projekten nach ihrem Klima- und Umweltnutzen, anstatt Hunderte von häufig klimaschädlichen Projekten wie zum Beispiel in der Verkehrsinfrastruktur zu planen“, so die Verbände in ihrer Einschätzung. Beschleunigungspotenziale ließen sich vor allem dadurch heben, dass potenzielle Konflikte zwischen Klima- und Artenschutz – auch durch übergreifende Lösungen – so weit wie möglich vermieden oder frühzeitig erkannt und unter Beteiligung der Öffentlichkeit einer Lösung zugeführt würden.

Wichtig ist darüber hinaus, den geltenden Rechtsrahmen besser auszuschöpfen sowie die zahlreichen Beschleunigungsgesetze umzusetzen und hinsichtlich ihres Nutzens für Planungsqualität und Beschleunigung zu evaluieren. Dies sollte erfolgen, bevor neue und umfangreiche Gesetzesänderungen beschlossen werden. „Entscheidend ist die konsequente Anwendung bereits beschlossener Maßnahmen“, so die Umweltorganisationen weiter. Die in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Maßnahmen wie der Einsatz von Projektmanagern, die Nutzung von Antragskonferenzen, die Etablierung frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Planungsvereinfachungen bei kleineren Vorhaben warten noch auf die Umsetzung. Der Schwerpunkt künftiger Beschleunigungsmaßnahmen sollte daher auf der Verbesserung des Vollzugs sowie der Stärkung untergesetzlicher Maßnahmen liegen.

Nach Überzeugung der Verbände enthält der Koalitionsvertrag der Bundesregierung einige Maßnahmen, die europarechtlich und rechtsstaatlich stark umstritten sind. Zudem werden einige Planungen langwierige rechtliche Auseinandersetzungen um ihre Zulässigkeit provozieren. Dies betrifft insbesondere die Wiedereinführung der materiellen Präklusion, die Einführung einer Mitwirkungspflicht für Umweltverbände, den Wegfall der aufschiebenden Wirkung im Rechtsschutzverfahren oder die Einführung von Genehmigungsfiktionen, die zu erheblichen Rechtsunsicherheiten führen. „Planungsbeschleunigung ist kein Selbstzweck. Sie muss die

## Pressemitteilung

gesellschaftliche Transformation effektiv voranbringen und ihre Akzeptanz fördern, das Klima schützen und den Schutz der biologischen Vielfalt sicherstellen“, so der abschließende Appell der Verbände an die Politik.

Die Handlungsempfehlungen der Verbände, an denen der bdla intensiv mitgearbeitet hat, sind unter [hier](#) erhältlich.

### Fachliche Nachfragen

bdla, Mario Kahl, Tel. 030-278715-12, [mario.kahl@bdla.de](mailto:mario.kahl@bdla.de)

BUND, Dr. Werner Reh, Tel. 0176-45719292, [rehwerner2@gmail.com](mailto:rehwerner2@gmail.com)

BBN, Prof. Klaus Werk, [klaus.werk@werk-home.de](mailto:klaus.werk@werk-home.de)

DUH, Dr. Cornelia Nicklas, Tel. 030-2400867-0, [nicklas@duh.de](mailto:nicklas@duh.de)

DNR, Florian Schöne, Tel. 030-6781775-99, [florian.schoene@dnr.de](mailto:florian.schoene@dnr.de)

NABU, Kari Fintzen, Tel. 01522-1722241, [kari.fintzen@nabu.de](mailto:kari.fintzen@nabu.de)

UfU, Dr. Michael Zschiesche, Tel. 030-428499332, [michael.zschiesche@ufu.de](mailto:michael.zschiesche@ufu.de)

UVP-Gesellschaft, Dr. Joachim Hartlik, Tel. 05175-9291003; [hartlik@uvp.de](mailto:hartlik@uvp.de)

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla  
Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, 10179 Berlin  
Tel. 030 27 87 15-0, Fax 030 27 87 15-55  
[info@bdla.de](mailto:info@bdla.de), [www.bdla.de](http://www.bdla.de)